

Zeitschrift: Schweizerische Lehrerzeitung
Herausgeber: Schweizerischer Lehrerverein
Band: 62 (1917)
Heft: 50

Anhang: Der Thurgauer Beobachter : Mitteilungen der Sektion Thurgau des Schweiz. Lehrervereins : Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung, 15. Dezember 1917, Nr. 3

Autor: E.R.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER THURGAUER BEOBACHTER

MITTEILUNGEN DER SEKTION THURGAU DES SCHWEIZ. LEHRERVEREINS

BEILAGE ZUR SCHWEIZERISCHEN LEHRERZEITUNG — ERSCHEINT JÄHRLICH SECHSMAL

I. JAHRGANG

Nr. 3

15. DEZEMBER 1917

INHALT: Zur Abstimmung. — Gedanken aus einer Konferenz-Aussprache. — Staatliche Entschädigung für Fortbildungsschulstunden. — Fürsorgebestrebungen. — Briefkasten der Redaktion.

Zur Abstimmung.

Wenn man nach den Ursachen des negativen Volksentscheides vom 25. November fragt, so darf unter anderm auch die Presse freigesprochen werden von aller Schuld; sie hat ihre Pflicht getan. Ich war nur gespannt, was die Zeitungen nachher vom Resultate sagen würden; denn gewiss war dasselbe auch für die Redaktoren deprimierend, doch die Tagesblätter versteckten sich hinter die nachträgliche Genugtuung, dass noch alles gut gegangen sei, obwohl der Entscheid zu allem Glück halt doch ein Unglück war. Bei näherem Zusehen aber begreift man die Zeitungen. Schliesslich sind sie nicht allein die Verfechter idealer Grundsätze, sondern eben auch wieder Geschäfte, von denen man nicht erwarten darf, dass sie den Neinsagern, ihren Abonnenten, die Titel geben, die sie verdient hätten. Und schliesslich, das müssen wir Lehrer uns wohl hinters Ohr schreiben: Den Vers zu dem Volksentscheid müssen wir selbst machen, das dürfen wir nicht andern überlassen, oder überdrüssig werden, wenn sie es nicht in dem Masse tun, wie wir erwartet. Die Redaktion unseres Beobachters hat in dieser Beziehung mehr erwartet für denselben; unser Organ sollte der Ort sein, wo gesprochen werden muss darüber. Wir würden das für ebenso fruchtbar halten als eventuelle Demonstrationen.

Was muss denn gesagt werden? Nach der einstimmigen Annahme der Vorlage durch den Grossen Rat, nach der Arbeit, welche die hervorragendsten Mitglieder des Regierungs- und Grossen Rates für dieselbe geleistet, nach all der Arbeit auf den Redaktionen und vor allem bei der für jedes Kind verständlichen Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Sache bleibt kein anderer Schluss als dieser: Der Thurgau hat sich nicht reif gezeigt für die weitgehende Demokratisierung seines Staatsbetriebes.

Und zwar fehlte es ihm nicht an der nötigen Aufklärung, auch nicht an finanziellen Mitteln; es fehlte eines und doch alles: Der gute Wille, dem Staate und dessen Dienern zu geben, was ihnen gehört; es ist ein sittliches Moment, das dem Thurgau gefehlt hat, und der Satz, dass nur ein sittlich hochstehendes Volk reif ist zur Demokratie, hat wieder einmal einen Beweis durch das Gegenteil erfahren. Man darf die grosse Bedeutung dieser Seite der Abstimmung nicht verkennen, und wenn's uns sonst nichts angehe, müsste der Lehrer als Lehrer dieser Tatsache ins Auge schauen. Wir zogen mit offenem Sinne für die bürgerlichen Rechte, die uns der 21. Geburtstag brachte, zum Seminar hinaus; begeistert für die freiheitlichen Institutionen unserer engeren Heimat traten wir zum erstenmal vor unsere Fortbildungsschüler, die wir zu Staatsbürgern erziehen wollten. Müssig sah'n wir unser Werk und bewundernd untergehn am Abstimmungstage. Ist denn meine Erzieherarbeit während der langen Praxis in meinem Dorfe so unfruchtbar gewesen? muss sich gewiss mancher Lehrer fragen. Recht so, wenn wir das tun und auch in unser Inneres greifen, um mit uns einig zu werden.

Andererseits sind im grossen ganzen die Thurgauer

Kollegen recht arge Idealisten und vielleicht bis zu einem gewissen Masse auch die von uns beeinflusste Jugend. Es muss da etwas hinzukommen, was ausser unserem Erziehungsbereich liegt: das, was man den Zeitgeist nennt. Ein Realist ist der Thurgauer von Haus aus. Der zum Materialismus verstärkte Realismus unserer Tage musste offene Türen finden im Herzen des Thurgauers; so folgten denn unsere Bauern gerne den Lehren ihrer Führer über Bauernpolitik, über die Mittel und Wege, den eigenen Stand materiell zu heben und zu fördern. Obstveredlungskurse, Viehbehandlung, Konservierung von Grünfütter, Käse-, Milch- und Viehpreise, das sind alles Gegenstände, welche die Bauern in zahlreich besuchten Versammlungen beschäftigen. Die wirtschaftliche Organisation, nicht minder vorbildlich als die der Arbeiterschaft, hat dem Bauernstand einen gewaltigen Aufschwung gebracht, und Dr. Laur hat eine allerdings einseitige nat onalökonomische Leistung hinter sich, auf die er stolz sein kann.

Wohl zu beachten ist aber dabei, dass die Bauern ihre Führer im Stiche liessen, als sie dieselben zusammenriefen zur Besprechung der Teuerungsvorlage. Dafür ist der Bauer nicht mehr zu haben, und die Führer mögen sich gesagt haben: Die ich rief, die Geister — werd' ich nun nicht los; man konnte nicht plötzlich diese Geister abstreifen. Der Materialismus in seiner weiteren Konsequenz ist eben oft der Egoismus. Nicht immer allerdings, die Arbeiter selbst und noch mancher brave Jasager aus allen Lagern, der wahrlich auch ums Leben ringt, hätte sich auch sagen können: Das nützt mi nichts, also sage ich nein. Wohlverstanden, wir meinen nicht, dass die Führer unserer Bauern verantwortlich seien für den Egoismus der letzteren; aber es ist eine Konsequenz ihrer Ideen, die der für seinen persönlichen Vorteil schlaue bedachte Bauer ohne und gegen die Parteiparole gezogen hat.

Ich glaube demnach, man darf die Abstimmung als einen Interessenkampf bezeichnen, als einen Kampf wirtschaftlicher Gruppen. Sie darf deshalb nicht zu sehr parteipolitisch ausgeschlachtet werden. Alle Parteien und deren Organe standen zu uns und haben wacker für's Recht gekämpft. In den Kreisen der Betroffenen ertönte am Montag Morgen ein lebhaftes Links schwenkt! Aber nur nichts übereilen. Wenn wir bloss aus Nützlichkeitsgründen uns einer Partei zuwenden, so mag sich dieselbe für uns als Mitglieder bedanken. Schreibt doch selbst die Arb.-Ztg., und diese Bemerkung dürfte für uns das Richtige treffen: Wir erwarten von der Lehrerschaft nicht, dass sie nun mit fliegenden Fahnen in das sozialdemokratische Lager abschwänke; der gesunde Sinn wird unsern Lehrern das ihnen durch die Abstimmung im wahren Lichte gezeigte Wohlwollen und Zutrauen ihrer Wählerschaft vor Augen geführt haben.

Vorerst dürfte uns also nicht vor allem eine parteipolitische Neuorientierung nottun, wenn es uns auch freuen soll, wenn eine ordentliche Zahl unserer Kollegen nach links abschwänkt. Die erste Folgerung, die wir tun müssen, ist die: Es den Bauern nachmachen und unbeachtet der Parteirichtung den beruflich-gewerkschaftlichen Zusammenschluss

enger gestalten unter Beobachtung wahrer Kollegialität, der jede ehrliche Meinung willkommen ist, und die erste Forderung der Zukunft: Zielbewusste Arbeit des Berufsverbandes; Aufklärung und Mitarbeit aller Kollegen und enger Anschluss an den grösseren Verband der Fixbesoldeten, dem wir zum grössten Teil unsere Teuerungszulagen verdanken.

Gedanken aus einer Konferenz-Aussprache.*)

.... Und nun, verehrte Freunde und Kollegen, gestatten Sie mir wohl, dass ich mich in meinem Eröffnungsworte ausschliesslich mit den letzten Tagen befasse, die für unsern Thurgau im allgemeinen und für unsern Stand im besondern eine denkwürdige Bedeutung erlangt haben. Wenn dann mit diesen Streiflichtern und Schlagschatten etwas viel Politik einhergeht, so wollen Sie dies gerne in den Kauf nehmen; denn die althergebrachte, ungesunde Lehrerneutralität muss einmal in die Rumpelkammer verschwinden und einer zielsicheren gewerkschaftlichen Tätigkeit weichen, sofern wir nicht riskieren wollen, dass der Lehrerstand dem ökonomischen Ruin entgegensteht und mit seinem von der materialistischen Welt bemitleideten und belächelten Schleppkahn der Ideale elendiglich strandet und untergeht. „Der Mann muss hinaus ins feindliche Leben, muss wirken und streben, muss pflanzen und schaffen ...“ Sobald alle unsere Kollegen einmal zu dieser Einsicht gekommen sind, so werden wir auch eine straffe Organisation zustande bringen, die sich nach aussen Achtung abringt und Erfolge reeller Art zeitigen kann.

Für die grossen historischen Parteien läutet jetzt täglich und stündlich recht eindringlich die Mahnglocke; sie ruft einer gründlichen Neuorientierung. Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik! das ist die Parole, die vor dem Kriege nur einseitig ertönte, die aber während des grossen Ereignisses und in viel höherer Masse naturnotwendig nachher alle und alles in ihren Bann ziehen wird. Wenn Sie, v. K., das ganze Parteigetriebe so gewissermassen als Outsider mit kühl abwägendem Verstande betrachten, so müssen Sie finden, dass je und je die Politik, wenige Ausnahmen abgerechnet, individuelle Wirtschaftspolitik der Lenker und Leiter war. Bei ihnen spielte immer das Reale die Hauptrolle, und wenn sie, dank der Willfährigkeit der grossen Masse, ihr Sehnen nach Macht und finanzieller Unabhängigkeit gestillt hatten, dann erst kamen die Ideale in mehr oder weniger greifbarer Gestalt zum Durchbruch. Unser Stand wollte auf dem umgekehrten Wege zum Ziele gelangen und muss jetzt leider einsehen, dass es der verkehrte Weg war. ...

Wenn wir die Resultate der einzelnen Gemeinden und Bezirke etwas analysieren, so ergeben sich nach dem Hauptprodukte einige Nebenprodukte, deren Entstehung allerdings nicht so leicht nachgewiesen werden kann wie bei einem chemischen Prozesse, allein verschiedene mehr als bloss wahrscheinliche Schlüsse sind doch zu ziehen. Das traurige Hauptverdienst, einer hehren sozialen Sache beinahe das Grab geschaufelt zu haben, kommt unstreitig den knauserigen Bauern zu. Den schlagenden Beweis hierfür lieferte die Schwadron 19, diese zweifelhafte Blüte der Bauernaristokratie, die sich für alle Zeiten ein beschämendes Zeugnis des schäbigsten Egoismus ausgestellt hat.

Ausser den Bauern sind aber noch Maulwürfe reinsten Farbe an der Totengräberarbeit gewesen, der Beweis liegt in den Ergebnissen vieler Gemeinden, speziell des hintern Thurgaus; denn die Sache ist alt und bleibt ewig jung:

*) Auf einstimmigen Wunsch der Bezirkskonferenz Arbon aufgenommen.

Gewisse Kreise können die gesunde, frohe Entwicklung der Schule und damit die Erstarkung der Lehrerschaft einfach nicht ertragen. Rühmliche Ausnahmen versichern wir unserer Hochachtung und wir zollen ihnen unsern Dank. Dank gebührt auch den Vertretern unserer gesetzgebenden und vollziehenden Behörden, die mit Hingebung und Überzeugung sich der gerechten Sache angenommen haben. Sie dürfen wenigstens teilweise sich mit ihren Erfolgen zufrieden geben. Dass aber einzelne dieser führenden Männer, deren Stellung in Amt und Würden sie zum Einsatz all ihrer Kraft und ihres Ansehens für die in Frage stehende Angelegenheit verpflichtet hat, ganz abseits stunden, das sei ihnen tief ins Kerbholz eingegraben.

... Und wenn wir jetzt in uns gehen und uns ins Gewissen fragen, so müssen wir gestehen, dass wir nicht alles getan, was dem Gesetz zum Vorteil, namentlich aber nicht alles vermieden haben, was ihm zum Fallstrick werden konnte. Oder was sagen Sie, v. K., zu den „dummen Fragen“ in der Th. Z.? Ich gehe wohl nicht zu weit, wenn ich diesen geistreich sein sollenden Äusserungen einige 100 Nein auf „Soll“ buche. Unser führendes, freisinniges Organ hätte nie und nimmer einem solchen Ausfluss des Neides und Giftes die Spalten öffnen sollen. ... Wir Arboner wollen uns nicht brüsten, aber das dürfen wir ruhig behaupten, dass Beschlüsse und Anordnungen, welche die Bezirkskonferenz Arbon in den letzten Jahren, entgegen den traditionellen Bräuchen der thurg. Lehrerschaft, durchgeführt hat, der erledigten Abstimmung auf keinen Fall geschadet haben. ...

„Und nun? Was nun?“ So hat's in den bangen Stunden vom letzten Montag geheissen, so haben alle thurg. Blätter ihre Abstimmungskommentare begonnen und geschlossen. Hätten sie das wohl auch getan, wenn das sichere Resultat gleich bekannt gewesen wäre? Kaum! Mit einigen Kraftausdrücken hätte man sich Luft gemacht, und dann hätten sich die Wogen wieder geglättet. Für uns aber heisst es jetzt erst recht: Was nun? In einigen Stichwörtern möchte ich Ihnen andeuten, welche Arbeiten wir unverzüglich an die Hand nehmen sollen. Vorbedingung für die Aussicht auf Erfolg ist ein richtiger Korpsgeist. Der Magister im hintersten Winkel muss mitmachen, keiner darf nebensächlich stehen, sonst begeht er Verrat an der guten Sache. In Beratungen und Tagungen muss die krankhafte Empfindlichkeit aufhören, auch die schärfste Opposition und Meinungsverschiedenheit sollte nie imstande sein, das kollegiale Verhältnis und die freundschaftlichen Beziehungen nur vorübergehend zu trüben. Der Vorstand der Sektion Thurgau begrüsse das Gute, gleichgültig von wanne es komme. ... Vergesst dabei unser neugeschaffenes Organ, den „Beobachter“, nicht, unterstützt die Redaktionskommission und spiele nicht den Beleidigten, wenn sie einmal dem Wunsche des einen oder andern nicht entsprechen kann. ...

Unser Arbeitsplan ist klar und präzise vorgezeichnet:

1. Besoldungsgesetz; die Motion Neuhaus im G. R. soll die Grundlage unserer Beratungen bilden. Es ist an uns, dem Gesetzgeber Material in die Hände zu liefern. Schulvereine und Konferenzen müssen auf Grund zuverlässiger Quellen ermitteln und dartun, wie sich bei einer Umwälzung, wie sie die Verwirklichung der Motion mit sich bringen muss, die Steuerverhältnisse zwischen Gemeinden und Kanton gestalten werden.

2. Fürsorgebestrebungen. Für die alten Tage des Lehrers muss besser georgt werden. Die Pensionsverhältnisse und die Lehrerstiftung müssen unser Steckpferd werden. Der Grosse Rat war an der letzten Sitzung recht gebefreudigt. Hätte sich von den Lehrerfreunden in diesem Kollegium nur ein einziger unserer Stiftung erinnert,

so wäre der Staatsbeitrag sicherlich erhöht worden. Zwischen den persönlichen und kantonalen Beiträgen sollte die Parität so rasch wie möglich erreicht werden können. . . .

Und nun, w. K., gehen wir ans Werk, zeigen wir nach aussen, dass wir imstande sind, etwas zu leisten. Entkräften wir das unsern Stand diskreditierende Wort: „Zwei Lehrer, drei Meinungen!“ Richten wir den Blick immer auf das grosse Ganze und lassen wir uns nicht beirren durch Nebensächliches. Unsere Devise sei:

E. R.

„Immer strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes Als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes dich an!“ [werden,

Staatliche Entschädigung für Fortbildungsschulstunden.

Im Synodalreferate des Hrn. Blattner wurde unter anderm auch darauf hingewiesen, die staatliche Entschädigung von 2 Franken per Unterrichtsstunde an der obligatorischen Fortbildungsschule sei den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechend und müsste bei einer kommenden Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes gleichfalls angemessen erhöht werden. Als Hauptgrund für diese Forderung wurde ins Feld geführt, es sei die Festsetzung der zweifränkigen Entschädigung ungefähr gleich alt wie unser rühmliches Besoldungsminimum von anno 97 des vorigen Jahrhunderts. Mit andern Worten: in der Zeit, da ein Franken Geldes auf tatsächlich rund 40 Rappen Kaufwert gesunken ist, hat sich die Entschädigung für den Fortbildungsschulunterricht als fester, bleibender, unverrückbarer Markstein erwiesen, getreu allen Stürmen der veränderlichen Zeitläufe Trotz bietend.

Wer je im glücklichen Falle gewesen ist, an dieser Schulstufe Unterricht zu erteilen, der wundert sich eigentlich bloss darob, dass nicht schon früher Anläufe für eine bessere Entlohnung gemacht worden sind. Aber eben, man kann kraft unserer Schulgesetzgebung den Lehrer zwingen, diesen Unterricht zu übernehmen, den Sekundarlehrer allerdings nur am Sitz der Sekundarschule selbst, nicht auch noch an andern Schulen seines Sekundarschulkreises; den Staat aber kann man anderseits nicht zwingen, den Lohn der Arbeit gemäss und Schritt haltend mit den veränderten Lebensverhältnissen auszurichten. Während es auf der einen Seite heisst: der Bien muss! hängt auf der andern Seite alles vom guten Willen oder gar vom vielgerühmten „Wohlwollen“ ab. Eigentümlich mutet es immerhin an, dass unter den mehr als 200 Lehrkräften, welche an der oblig. Fortbildungsschule amten, knapp ein halbes Dutzend Sekundarlehrer sich finden. Traut man ihnen die Fähigkeit des betreffenden Unterrichtes nicht zu oder möchte man sie mit der Zumutung verschonen, in Jahren unerhörtester Teuerung eine Unterrichtsstunde an angehende stimmfähige Staatsbürger zu erteilen gegen eine Entlohnung, die heute jeder bessere Handwerksmeister für eine Arbeitsstunde verlangt? Die Antwort auf diese Entscheidungsfrage ist sofort gegeben, wenn man die Zahl der Sekundarschullehrer ermittelt, die an gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen Unterricht erteilen.

Der Unterricht in allen Fächern verlangt auf der ganz eigenartigen Stufe der obligat. Fortbildungsschule aus sehr naheliegenden Gründen auch eine besondere Form der Darbietung, somit auch ganz spezielle, gründliche Vorbereitung. Ein Anfänger im Lehramt wird immer — Ausnahmen bestätigen auch hierin die Regel — seine gewissen Schwierigkeiten haben, den Unterrichtsstoff so darzubieten, dass er das Interesse auch derjenigen Schüler zu fesseln vermag, welche das „Obligatorium“ dieses Schulbesuches bitter empfinden. Erspriessliche Früchte werden sich nur dann

zeigen, wenn auch in disziplinarischer Hinsicht die Schüler dieser Schulstufe entsprechend behandelt werden. Dann aber, nur dann, vermag eine Fortbildungsschulstunde in ihren Ergebnissen hohe Befriedigung zu erzielen für den Lernenden nicht nur, sondern auch für den Lehrenden. Erfahrene Praktiker und Methodiker werden dies jederzeit bezeugen können. Mit der Befriedigung, die der Unterrichtserfolg gewährt, ist es aber heutzutage, wo Schmalhans des Lehrers Küchenmeister mehr als je geworden ist, nicht getan. Die Zeit zur Vorbereitung, zu den oft überaus mühseligen Korrekturarbeiten und die zu starker Ermüdung führende Anstrengung einer Fortbildungsschulstunde, dies alles sollte entsprechend anständig und angemessen entschädigt werden.

Ich erinnere mich noch der ersten Zeit meiner Lehr-tätigkeit, da der saure Schweiss einer Unterrichtsstunde in Verfassungskunde z. B. noch mit $1\frac{1}{2}$ Fränklein entschädigt wurde, und der stillen Genugtuung, mit der man dann vor nahezu zwei Jahrzehnten die damals angemessen erscheinende Erhöhung des Staatsbeitrages auf 2 Franken entgegennahm. Seither ist der Beitrag des Staates unverändert geblieben; einige — aber nur ganz wenige — grössere Gemeinden haben von sich aus den veränderten Geldwerten etwelche Rechnung getragen und leisten einen bescheidenen „Zustupf“, der jedoch m. W. nirgends 50 Rappen pro Stunde überschreitet. Nun besteht aber massgebenden Ortes die Ansicht, es seien die zwei Franken wirklich nur ein Staatsbeitrag (so heissen sie denn auch offiziell) und weitere Leistungen Pflicht der Gemeinden. Auf dem Lande draussen scheint man von dieser Gemeindepflicht leider wenig oder gar nichts zu wissen oder wissen zu wollen. Eine blosser Ermahnung seitens des Erziehungsdepartements an die Adresse der Schulvorsteherschaften würde wahrscheinlich gerade so viel fruchten, wie dies seinerzeit bei den Gemeindefteuerungszulagen zu verzeichnen war, wo ganze Bezirke das Mahnschreiben einfach ignorierten. Denkbare wäre es ja, dass da oder dort eine Schulvorsteherschaft sich zur Tat aufraffte, namentlich wenn die Erhöhung innert ihrer Kompetenzen liegen würde, also die Gemeinde nicht angefragt zu werden brauchte. Der Grossteil der Lehrer aber ginge wieder leer aus oder würde bestenfalls auf bessere Zeiten vertröstet und dürfte auch weiterhin das „Ideale“ wieder als die beste Seite seines Berufes auffassen.

Gerade der so jämmerlich ins Wasser gefallene Versuch, die prekäre ökonomische Lage der Lehrerschaft dadurch heben zu wollen, dass man die Gemeinden zur Ausrichtung von Teuerungszulagen aufforderte, zeigt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit den einzig richtigen Weg zur Abhilfe. Und dieser Weg heisst: Erhöhung des Staatsbeitrages pro Stunde auf allermindestens $2\frac{1}{2}$ Franken, und zwar schon für den kommenden Winterkurs 1917/18. Diese Erhöhung wäre möglich, ohne das Staatsbudget aus den Fugen zu bringen und ohne jegliche Volksabstimmung; die letzte Erhöhung von $1\frac{1}{2}$ auf 2 Franken wurde auch ohne grossen Apparat durchgeführt. Wenn auch an sich nur unbedeutend, so wäre diese Form der Teuerungszulage doch ein Beweis von gutem Willen und Entgegenkommen gegenüber den immer dringender werdenden berechtigten Wünschen und Forderungen der Lehrerschaft. Sie würde aber auch einen nicht zu unterschätzenden Ansporn bilden zur weiteren eifrigen Betätigung der Lehrer, vielleicht auch eines grösseren Bruchteils der Sekundarlehrer, auf der Stufe der Fortbildungsschule. Und wenn daraus eventuelle Weiterungen im Sinne des Ausbaues dieser Schule nach der spezifisch staatsbürgerlichen Richtung erwachsen sollten, so wäre das kein Schaden. Die fast unbegreifliche Abneigung gewisser Lehrerkreise gegen alles, was unter der Flagge des

staatsbürgerlichen Unterrichts segelt, liesse sich dann vielleicht etwas erfolgreicher bekämpfen. Es scheint mir persönlich gar nicht unwahrscheinlich, dass die obligatorische Fortbildungsschule in den nächsten Jahren ein lebhaft debattiertes Gebiet weiter pädagogischer Kreise werden wird. Die in den vorstehenden Ausführungen in Anregung gebrachte zeitgemässe Berücksichtigung dieser Schulstufe auch in finanzieller Hinsicht scheint mir hiefür ein recht gut geeigneter vorbereitender Schritt zu sein.

Fürsorgebestrebungen.

Unter dieser Aufschrift gedenken wir in der Folge Mitteilungen zu bringen, die eine vermehrte Fürsorge im Falle von Alter, Krankheit, Invalidität und Tod bezwecken. Dies Thema ist speziell für uns Lehrer höchst wichtig. Wo immer sich Gelegenheit bietet — und das ist fast in jeder Zeitungsnummer der Fall — da sollten wir bestrebt sein, unser Wissen auch auf dem Gebiete der rationellen Vorsorge für die Zukunft zu bereichern. *)

Zu keiner andern Zeit drängte sich so sehr wie in der Gegenwart die Überzeugung auf, dass unsere ökonomische Sicherstellung nicht bloss bestehen muss in einer Besoldung, von der wir sollten leben können, sondern auch in der gesetzlichen Regelung der Alters- und Familienversicherung. Und wir betrachten es als eine ebenso notwendige als zeitgemässe Aufgabe unseres neugeschaffenen Vereinsorgans, dass es auch nach dieser Richtung aufkläre und jeden einzelnen zu vermehrtem Nachdenken anrege.

Wir beginnen heute mit einer kurzen allgemeinen Betrachtung, um nachher uns auszusprechen über das Ziel, das erreicht werden sollte, sowie über Mittel und Wege, die geeignet wären, uns dem Ziele näherzubringen.

1. Der Versicherungsgedanke und die Lehrerschaft.

Motto: Die soziale Reform muss durch
Versicherung ausgebaut werden.
Bundesrat Ca'onder.

Wer an den Zeitereignissen nicht achtlos vorübergeht, und wer sich insbesondere Mühe gibt, die sozialen Strömungen in unserm Volksleben aufmerksam zu verfolgen, dem kann es unmöglich entgangen sein, dass der Versicherungsgedanke im letzten Jahrzehnt gewaltige Fortschritte gemacht hat.

Das Bestreben der tüchtigsten, einsichtigsten Männer aller Stände geht dahin, die Wohltat der Versicherung immer weiter auszudehnen: Die allgemeine Volksversicherung ist ihr hohes Ziel.

Die Versicherung ist also keine Modesache, sondern eine der dringendsten Aufgaben der Zukunft; insbesondere ist — neben der eidgen. Kranken- und Unfallversicherung — die vermehrte Fürsorge für die Tage des Alters und der Invalidität, sowie für die Witwen und Waisen unter allen sozialen Problemen das praktisch beste, dankbarste und segensreichste, weil durch sie, abgesehen von dem moralischen Gewinn, die Armenlasten mit der Zeit auf ein Minimum reduziert werden können. Denn während sonst der Un-

bemittelte bei Krankheit, Unfall, Alter etc. der Armenpflege und der privaten Wohltätigkeit zur Last fiel, ist ihm in der Versicherung ein Mittel gegeben, für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen; er ist nicht mehr als armen-genössig auf die Barmherzigkeit und den guten Willen anderer angewiesen, sondern er hat durch seine Beiträge an die Kasse einen Rechtsanspruch auf die Versicherung erworben.

Die Führer der organisierten Arbeiterschaft sind von der hohen sozialen Bedeutung der Altersfürsorge längst überzeugt; darum fordern sie auch in ihrem Zukunftsprogramm fast an erster Stelle die Einführung der allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung. Auch verschiedene grosse Fabriketablissemments, bedeutende Geschäftsfirmen und zahlreiche Bankinstitute haben für ihr Personal Invaliden- und Alterskassen eingerichtet. Im Dienste der Eidgenossenschaft erfreuen sich erst die Bahnangestellten einer gesetzlich geordneten Pensionierung. Welch hohen Wert die übrigen Beamten von Post, Zoll und Telegraph einer solchen Wohlfahrtsinstitution beilegen, erfährt man am besten aus ihrem Zentralorgan, der vorzüglich geschriebenen Post-, Zoll- und Telegraphen-Zeitung, die fast in jeder Nummer auf die Notwendigkeit der zu schaffenden Hilfskasse hinweist, für welche die Beamten auf dem Wege der Freiwilligkeit bereits grosse Summen zusammengelegt haben.

Von den Schweizerkantonen hat Glarus als erster die Einführung der allgemeinen Altersversicherung beschlossen; doch ist man auch andernorts daran, so in den Kantonen St. Gallen und Zürich, aus dem Anteil an der Kriegs- und Kriegsgewinnsteuer Mittel bereitzustellen für den genannten Zweck. Selbstverständlich erwähnt auch der grosse Schweizerische Bund der Festbesoldeten in seinen Postulaten die Förderung des Selbstversicherungsgedankens und der Bestrebungen zur Schaffung von Pensions- und Hilfskassen für das eidgenössische, kantonale und Gemeindepersonal (inkl. Lehrerschaft), und auch der junge, aber rührige thurg. Zweigverein hat sich die Verwirklichung dieses Gedankens zum Ziel gesetzt. Hoffentlich kommen nun unsere kantonalen Beamten und Angestellten recht bald zu der gewünschten Invaliden- und Versicherungskasse.

Einer Idee, die so gewaltig Boden gefasst hat und so stark in die Verhältnisse des praktischen Lebens eingreift, muss auch die Lehrerschaft ihre volle Aufmerksamkeit schenken. Sie muss das tun im eigenen Interesse und sodann auch im Interesse der Schule und der ihr anvertrauten Jugend. Die Erkenntnis, dass die Volksversicherung die rationellste Fürsorge für die Zukunft und damit eine wesentliche Grundlage der Volkswohlfahrt bildet, muss nach und nach Gemeingut des ganzen Volkes werden. Dazu kann die Schule sehr viel beitragen, und es ist eine der dankbarsten Aufgaben des Unterrichts in den Oberklassen und auf der Fortbildungsschulstufe, die Schüler über die grosse soziale Bedeutung der Fürsorge-Einrichtungen, wie sie unsere verschiedenen Versicherungen darstellen, aufzuklären. Das kann der Lehrer aber nur dann, wenn er sich eingehend mit der interessanten und wichtigen Materie beschäftigt.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten der Redaktion.

Verschiedene Zusendungen über die Abstimmung mussten mit dem II. Teil des Jahresberichtes der Sektion für die im Januar erscheinende Nummer zurückgelegt werden.

*) Ganz besonders sei zum Studium empfohlen die Aufklärungsschrift über Gründung einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für das eidgen. Personal. Sie ist als Beilage zur Postzeitung erschienen und dürfte von jedem Postbeamten erhältlich sein.